

### **TOP 3.7.3 Mitteilung der Kommission: „Investitionen in eine intelligente, innovative und nachhaltige Industrie – Eine neue Strategie für die Industriepolitik der EU“**

Am 13. September hat die Kommission eine Mitteilung zu einer erneuerten industriepolitischen Strategie der Union vorgelegt. Rechtsgrundlage für die europäische Industriepolitik ist Artikel 173 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV). Darin wird – kurz zusammengefasst – der Union gemeinsam mit den Mitgliedstaaten die Aufgabe zugeordnet, für die notwendigen Voraussetzungen zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu sorgen. Als Instrumente werden genannt: gegenseitige Konsultationen, Festlegung von Leitlinien und Indikatoren, Austausch von Erfahrungen, Koordinierung und Bewertung von Maßnahmen. Unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung von Rechtsvorschriften können dazu auch Maßnahmen beschlossen werden – soweit sie nicht die Rechte und Interessen von ArbeitnehmerInnen betreffen, zu Wettbewerbsverzerrungen führen oder steuerliche Vorschriften betreffen. Die Union soll auch bei der Umsetzung anderer Bestimmungen in den Verträgen Beiträge zur Erreichung der industriepolitischen Ziele liefern.

Diese Formulierungen legen jedenfalls fest, dass die Kommission den eindeutigen Auftrag hat, Konzepte über die weitere industrielle Entwicklung vorzulegen. Eigene rechtliche Umsetzungsmöglichkeiten sind ihr allerdings nur sehr beschränkt eingeräumt worden. Festgelegt wird darüber hinaus auch, dass Industriepolitik den Charakter einer Querschnittsmaterie hat und damit in verschiedensten Politikfeldern umgesetzt werden muss. Das bedeutet natürlich gleichzeitig auch umgekehrt, dass Ziele und Entscheidungen in anderen Politikfeldern die Industrieentwicklung mitbeeinflussen. In der Praxis steht daher immer wieder auch die Ausbalancierung von Zielen im Zentrum von Diskussionen – etwa zwischen Umwelt/Klima/Energie und Wachstum.

In der Kommission und vielen EU Mitgliedstaaten war das Wort „Industriepolitik“ lange Zeit nahezu verpönt (daher lautet der Titel von Art 173 auch nur „Industrie“). Spätestens seit dem Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise, als man die Wichtigkeit des realen Sektors und besonders der Industrie erkannte, hat sich das geändert. Die Kommission legte einer Reihe industriepolitischer Mitteilungen vor (2010, 2012, 2014). Dabei wurde 2012 sogar das ambitionierte quantitative Ziel einer massiven Erhöhung des Anteils der industriellen Wertschöpfung am BIP formuliert (von weniger als 16 % auf 20 %). Die Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit wurde in allen Papieren überwiegend mit Hilfe von horizontalen (branchenübergreifend ausgerichteten) Vorschlägen und Maßnahmen angestrebt. Dahinter verbirgt sich im Wesentlichen nichts Anderes als die altbekannten „Rahmenbedingungen“ (Deregulierung, Entbürokratisierung, Kostenreduktionen, Binnenmarkt usw). Daneben wurden verschiedenste weitere aktive Maßnahmen auf der Angebotsseite verstärkt – etwa im Technologiebereich oder auch die Betonung von Qualifikationen für die Zukunft. Einige Sektorinitiativen (zB KFZ, Chemie, Weltraum, Elektrotechnik, Stahl) ergänzen die EU Aktivitäten.

Das vorgelegte neue industriepolitische Papier der Kommission baut auf diese Vorarbeiten auf – und damit auf deren Schwächen. Erklärtes Ziel der Kommission ist es, die europäische Industrie zu stärken und damit für nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze zu sorgen. Das Papier beschreibt und erläutert in der Folge alle Initiativen der Kommission, die auch nur irgendwie mit Industrie zu tun haben – und

stellt darüber hinaus einige neue vor. Insgesamt gezählte 50 Großinitiativen der Kommission – mit allen ihren Unterzielen und Maßnahmen.

Einige Beispiele, gebündelt nach den aus Sicht der Kommission entscheidenden Schlüsselbereichen:

**Binnenmarkt vertiefen:**

- Agenda für Kompetenzen ausweiten auf zB Bau, Stahl, Papier, erneuerbare Energie
- Pakete zu Binnenmarkt für Waren, Dienstleistungen, geistiges Eigentum
- Europäische Säule sozialer Rechte
- Paket öffentliches Auftragswesen – Klarheit und Orientierung bei Vergabe großer Infrastrukturprojekte

**Modernisierung für das digitale Zeitalter:**

- Paket zur Stärkung der Cybersicherheit der europäischen Industrie
- Initiative freier Datenfluss nicht personenbezogener Daten

**CO<sub>2</sub>-arme Kreislaufwirtschaft:**

- Eine Strategie für Kunststoffe, Produktion erneuerbarer Ressourcen und daraus Produkte und Bioenergie
- Ein zweites Mobilitätspaket (CO<sub>2</sub> Emissionen, Initiative Batterien, Infrastruktur alternative Kraftstoffe ...)
- Das Paket „Saubere Energie“

**Investitionen:**

- Überarbeitung und Ausweitung EFSI 2.0
- Initiativen um Privatkapital in Investitionen zu lenken (Kapitalmarktunion, Verbriefung, Risikokapitalfonds, vereinfachte Prospekte ...)

**Innovation:**

- Hochrangige Gruppe für Schlüsseltechnologien
- Innovationsanreize über gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage

**International:**

- Verschiedene ausgewogene und faire Handelsabkommen
- Rahmen zur Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen

**Kooperation/Koordinierung:**

- Hochrangiges Forum Industriepolitik und Industrietag im Vorfeld des Frühjahrsgipfels

Die Fülle an Zielen, Paketen und Maßnahmen kann allerdings dennoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Papier konzeptionell kaum über den bisherigen Stand hinausgeht und keine strategische Klammer aufweist. Es fehlen vor allem konsistente Zielhierarchien. Im Wesentlichen werden alte Projekte beschrieben und erläutert, auf verschiedene neue Entwicklungen wird reagiert und an manchen Stellen werden zusätzliche Initiativen gesetzt. Es fehlen aber Maßnahmen, die explizit auf eine Zielerreichung abstellen. Es fehlen aktive Vorschläge, die angesichts der absehbaren großen Veränderungen im Industriesektor die Fragen von Mitbestimmung, Arbeitsplatzqualität, Restrukturierungen und Verschiebungen in der Beschäftigung (Arbeitsplatzverluste und Arbeitsplatzgewinne) adressieren. Und es fehlt das Bekenntnis, dass die Nachfrageseite (öffentliche Ausgaben und privater Konsum über faire Löhne- und Gehälter) eine entscheidende Rolle für die industrielle Produktion in der EU spielen. Die technologische Entwicklung und der Markt alleine werden einen sozialen Übergang jedenfalls nicht garantieren können.

Wie bereits in der Vergangenheit, führt daher die Forderung (auch der ArbeitnehmerInnenvertretungen) nach einer offensiven industriepolitischen Strategie der Union leider auch über weite Strecken zu einer

Sammlung von angebotsorientierten EU-Projekten, die auf Deregulierung und stärkeren Wettbewerb abstellen und letztlich kaum im Sinne der Beschäftigten wirken. Es gilt daher wie bisher, die von der Kommission vorgelegten bzw noch vorzulegenden einzelnen fachspezifischen Pakete jeweils auf ihre industriepolitische Sinnhaftigkeit, aber auch auf die Auswirkungen auf die ArbeitnehmerInnen, die KonsumentInnen und die Umwelt zu prüfen.